

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

8.5.1929 (No. 106)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentner Breite.

Die österreichische Regierungserklärung

Politik des inneren Ausgleichs Bundeskanzler Stresemann gab in der Dienstagssitzung des österreichischen Nationalrates das Programm der neuen österreichischen Regierung bekannt.

Letzte Nachrichten

Die Finanzpläne des Reichs

Bedenken der Länder Dr. Berlin, 8. Mai (Priv.-Tel.) In der gestrigen Konferenz der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister wurden von Seiten der Länder verschiedene Einwendungen und Bedenken gegen die Pläne geäußert.

Der Zwist um die Verteilung

Noch gestern früh schien es so, als ob sich eine Einheitsfront der deutschen Delegation, der Amerikaner, der Engländer, Japaner und Italiener gegen Frankreich bilden würde.

Öffentliche Auspielung als Werbemittel

W. Der Beobachter der allgemeinen Wirtschaftslage trifft stets wieder auf Entwürfen von einem Ausmaß, wie man es früher nicht kannte. Die Geldverknappung und die dadurch bedingte verringerte Kaufkraft der Verbraucher treiben heute in allen Gebieten des Handels zu einem sich ständig steigenden Ausbau der Anpreisungsmittel.

Prof. Einstein Ehren doktor in Paris

W. Paris, 8. Mai. (Tel.) Die Universität Paris hat Prof. Einstein die Würde eines Dr. h. c. verliehen.

Die Opfer der Ruhr

W. Berlin, 8. Mai. Bisher sind 21 Leichen der bei den Ruhrunruhen Getöteten gerichtlich obduziert worden. Nur in einem Teil der Leichen sind Geschosse gefunden worden, und zwar sämtlich Kupfermantelgeschosse.

Zu dem Attentat auf Woldemaras

W. Memel, 8. Mai. (Tel.) Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Im Laufe der Nacht zum Dienstag und des gestrigen Tages wurden 58 Personen verhaftet und weitere Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Vorhandstzung des Reichsstädtebundes

Der Vorstand des Reichsstädtebundes, der Spitzenorganisation der Klein- und Mittelstädte, tagte in Berlin, um zu den aktuellen kommunalpolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

General Guillaumat macht Abschiedsbefehle

W. Düren, 8. Mai. (Tel.) Der abberufene Oberkommandierende der französischen Besatzungsarmee, General Guillaumat, machte den heiligen Truppen seinen Abschiedsbefehl.

Bolivianisch-paraguayischer Zwischenfall

W. Asuncion, 8. Mai. (Tel.) Nach hier eingetroffenen Meldungen hat eine bolivianische Militärpatrouille gestern gegen eine kleine paraguayische Truppenabteilung in der Nähe des Forts Banguarbia Schüsse abgegeben.

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung

Dem „Deutschen“ zufolge hatten die drei Gewerkschaftsrichtungen in Berlin am Dienstag eine Beratung, die den Beschluß des Reichskabinetts über die Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zum Gegenstand hatte.

Der Abbau im innerdeutschen Luftverkehr

Bei der deutschen Luftflugs haben am Dienstag in Berlin Besprechungen mit den Vertretern der regionalen Gesellschaften stattgefunden. Es ergab sich die Notwendigkeit, die meisten der bisherigen innerdeutschen Strecken für 1929 auch ohne Reichsteilnahme noch aufrechtzuerhalten, weil bereits vor der Ertüchtigung entsprechende Verpflichtungen mit Städten und Kommunalverbänden eingegangen waren.

General Guillaumat macht Abschiedsbefehle

W. Düren, 8. Mai. (Tel.) Der abberufene Oberkommandierende der französischen Besatzungsarmee, General Guillaumat, machte den heiligen Truppen seinen Abschiedsbefehl. Vor dem Bahnhof fand eine Parade der Besatzungstruppen statt.

General Guillaumat macht Abschiedsbefehle

W. Düren, 8. Mai. (Tel.) Der abberufene Oberkommandierende der französischen Besatzungsarmee, General Guillaumat, machte den heiligen Truppen seinen Abschiedsbefehl.

Der Lohnstreik in der Berliner Metallindustrie

Der Lohnstreik in der Berliner Metallindustrie. Wie der „Korvairs“ meldet, hat der Verband Berliner Metallindustrieller den Lohnstreik für die Berliner Metallindustrie abgelehnt. Das Metallkartell hat daraufhin beschlossen, die Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des Konfliktes zu erschöpfen und die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches zu beantragen.

Zu dem Attentat auf Woldemaras

W. Memel, 8. Mai. (Tel.) Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Im Laufe der Nacht zum Dienstag und des gestrigen Tages wurden 58 Personen verhaftet und weitere Hausdurchsuchungen vorgenommen.

General Guillaumat macht Abschiedsbefehle

W. Düren, 8. Mai. (Tel.) Der abberufene Oberkommandierende der französischen Besatzungsarmee, General Guillaumat, machte den heiligen Truppen seinen Abschiedsbefehl.

Bolivianisch-paraguayischer Zwischenfall

W. Asuncion, 8. Mai. (Tel.) Nach hier eingetroffenen Meldungen hat eine bolivianische Militärpatrouille gestern gegen eine kleine paraguayische Truppenabteilung in der Nähe des Forts Banguarbia Schüsse abgegeben.

Vorhandstzung des Reichsstädtebundes

Der Vorstand des Reichsstädtebundes, der Spitzenorganisation der Klein- und Mittelstädte, tagte in Berlin, um zu den aktuellen kommunalpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Zur Finanzlage wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die im Reichsstädtebund zusammengeschlossenen mittleren und kleinen Städte sind seit Jahren bemüht, ihre Ausgaben auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.“

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung

Dem „Deutschen“ zufolge hatten die drei Gewerkschaftsrichtungen in Berlin am Dienstag eine Beratung, die den Beschluß des Reichskabinetts über die Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zum Gegenstand hatte.

General Guillaumat macht Abschiedsbefehle

W. Düren, 8. Mai. (Tel.) Der abberufene Oberkommandierende der französischen Besatzungsarmee, General Guillaumat, machte den heiligen Truppen seinen Abschiedsbefehl.

Süddeutschland im Etat des Reichsministeriums des Innern

Im Haushaltsausschuss des Reichstages, kam am Dienstag bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern Dr. Schreiber (Zentr.) als Berichterstatter auch auf süd-deutsche Angelegenheiten zu sprechen.

Der Lohnkampf der Eisenbahner

Die beteiligten Eisenbahngewerkschaften haben sich am Dienstag in Berlin mit dem Stand der Lohnbewegung beschäftigt. Im Vordergrund der Aussprache standen in der Hauptsache zwei Fragen: Ob der Streit sofort ausgerufen oder der Anregung der Regierung, den Schlichter anzurufen, Rechnung getragen wird.

Die Reichsbahnverwaltung nimmt in einer Erklärung zu dem Streikbeschluss des freigewerkschaftlichen Einheitsverbandes Stellung. Darin wird gesagt, daß die Reichsbahn zu einer Lohnerrhöhung bereit sei, wenn ihr vom Reich entweder Zuschüsse oder eine Tarifierhöhung angebilligt würden.

Schuldbundgelder für die österr. Heimwehren

Reichsinnenminister Severing hat Dienstag im Haushaltsausschuss des Reichstages erklärt, daß tatsächlich vom Deutschen Schuldbund (der Organisation zum Schutze der deutschen Minderheiten und der deutschen Kultur im Ausland) Mittel an Major Babst, den Führer der österreichischen Heimwehren, geflossen seien, ferner, daß der Schuldbund Unterstützung vom Reichsministerium des Innern bezogen habe.

Gegenüber einem Dementi zu diesen Erklärungen des Reichsinnenministers, worin diese Zuwendungen bestritten werden, hört das „Reich. Tagebl.“, daß im Reichsinnenministerium ein Schreiben des Herrn Dr. von Bsch, des Vorsitzenden des Schuldbundes, vorliege, worin er zugibt, finanzielle Zuwendungen an Babst gemacht zu haben, und dies damit zu rechtfertigen sucht, daß er Babst für einen besonders geeigneten Vertreter deutscher Interessen gehalten habe.

Auflösung des mecklenburgischen Landtags

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin beschloß am Dienstag einstimmig, sich auf den 30. Juni aufzulösen. Neuwahlen finden dementsprechend am 23. Juni statt. Die Sozialdemokraten, die sich bisher der Auflösung widersetzt hatten, stimmten jetzt ebenfalls dafür, nachdem der Landtag seine wichtigsten Aufgaben mit Ausnahme des Haushaltsgesetzes für 1929 erledigt hat.

Der Landtag verfügte zum Schluß über eine Regierungsmehrheit von 27 von 52 Stimmen. Diese setzte sich zusammen aus 21 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 1 Arbeiter, 1 Vertreter der Aufwertungspartei, einem Fraktionslosen, der aus der kommunistischen Fraktion ausgeschieden war, und 1 Vertreter des Bauernvereins. Die Opposition bestand aus 11 Deutschen Nationalen, 8 Vertretern der Wirtschaftspartei, 3 der Deutschen Volkspartei, 3 Volksfreien und 2 Kommunisten. Die Regierung wurde gestellt von zwei sozialdemokratischen und einem demokratischen Minister.

Kurze Nachrichten

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Vertreter Rumaniens im Völkerbund und früheren Außenminister Titulescu am Dienstag in Berlin, der von dem rumänischen Gesandten begleitet war.

Der Rotfrontkämpferbund wurde auch, außer in Preußen, Bayern und Hamburg, in Sachsen verboten. Damit ist das Rotfront-Verbot, das für die Pfingsttage in Leipzig vorgesehen war, hinfällig geworden.

Mantelarifverhandlungen im Ruhrbergbau am 14. Mai. Der Zechenverband hat die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen des Ruhrbergbaues zu Verhandlungen über den Mantelarifvertrag zum 14. Mai nach Essen eingeladen. Gleichzeitig hat der Zechenverband den Bergarbeiterverbänden eine Reihe von Änderungsanträgen zum Mantelarifvertrag unterbreitet.

Kleine Chronik

Ein unbekanntes Auto rannte in Dachau bei München in eine Kindergruppe, die gerade eine Prozession veranstaltete, hinein und überfuhr 5 Mädchen, von denen zwei lebensgefährlich verletzt wurden. Der Chauffeur versichert, beim Verlassen des Wagens die Bremse richtig angezogen zu haben. Wahrscheinlich hatten spielende Kinder sich daran zu schaffen gemacht.

Zur Zeit sind in mehreren Hospitälern Brüssels Pockenkrankte in Behandlung. Die staatliche Sanitätsbehörde hat eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche getroffen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das über den britischen Inseln gelegene Tiefdruckgebiet, dessen Vorderseite uns wieder zunehmende Erwärmung bei südlicher Luftzufuhr brachte, wandert jetzt entlang der norwegischen Küste nach dem Nordmeer. Eine Randströmung, die sich über Südrussland entwickelt hat, wird voraussichtlich unsere Witterung vorübergehend beeinflussen. Nach stärkerer Erwärmung ist daher noch heute Bewölkungszunahme mit örtlichen Wärmegewittern und nachfolgender Abkühlung zu erwarten. Wetterausblick für Donnerstag: Nach kühler Nacht wieder zunehmende Erwärmung, zeitweise heiter und meist trocken.

Badischer Teil

Badischer Landtag

D.3. Karlsruhe, 7. Mai.

In der Nachmittags-Sitzung tritt das Haus in die Einzelberatung

Der Novelle zum Fürsorgegesetz

ein, nachdem Abg. Bod für die Kommunisten erklärt hat, daß diese das Gesetz — weil unsozial — ablehnten.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache mit 47 gegen 3 kommunistische Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen (Wirtsch. Bgg. und Abg. Zoller [D. Ntl.]) in erster und zweiter Lesung angenommen und ist damit endgültig verabschiedet. Es folgt der Bericht des Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) über den volksparteilichen Antrag betr.

Änderung der badischen Gemeindeordnung

Der Rechtspflegeausschuss ist zu einem ablehnenden Beschluß gekommen. Abg. Gündert (D. Sp.) begründet darauf den Antrag seiner Fraktion, für den nicht Wahlqualifikation, sondern rein sachliche Gründe maßgebend gewesen seien.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache mit 47 gegen 3 kommunistische Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen (Wirtsch. Bgg. und Abg. Zoller [D. Ntl.]) in erster und zweiter Lesung angenommen und ist damit endgültig verabschiedet. Es folgt der Bericht des Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) über den volksparteilichen Antrag betr. Die Änderung der badischen Gemeindeordnung. Der Rechtspflegeausschuss ist zu einem ablehnenden Beschluß gekommen.

Abg. Gündert (D. Sp.) begründet darauf den Antrag seiner Fraktion, für den nicht Wahlqualifikation, sondern rein sachliche Gründe maßgebend gewesen seien. Im Interesse der Vereinfachung des Geschäftsganges und der Ersparnis an Zeit und Kräfte wird verlangt, an Stelle des bisherigen Zweifamersystems nur eine Körperschaft als Verwaltung- und Vertretungsorgan der Gemeinde, den Gemeinde- oder Stadtrat, zu setzen.

Abg. Reichter (Komm.) begründet alsdann einen Antrag seiner Gruppe auf Aufhebung eines Entwurfes für eine neue Gemeindeordnung auf der Grundlage des Einfamersystems. Gegen 8 Uhr abends wird die Weiterberatung auf Mittwochvormittag vertagt.

D.3. Karlsruhe, 8. Mai.

Heute vormittag, pünktlich 8 Uhr, wird in die Aussprache über den volksparteilichen Antrag auf

Änderung der Gemeindeordnung

eingetreten.

Als erster Redner spricht Abg. Kühn (Zentr.). Er weist zunächst die Angriffe auf die Zentrumsprelle zurück, deren scharfe Sprache aus der Abwehr heraus zu erklären sei. Die Zentrumsfraktion lehne den Antrag der Volkspartei ab, da es nicht angehe, ein wichtiges Gesetz schon wieder zu ändern. Die Gemeindeordnung von 1921 habe sich bewährt und der Bürgerausschuss seine Probe bestanden. So, als ob das System morsch und faul wäre, sei es wirklich nicht. Die Demokratie finde im Bürgerausschuss den denkbar besten Ausdruck. Ein Bestätigungsrecht der Regierung für neugewählte Bürgermeister lehne das Zentrum unter allen Umständen ab. Weil die Gemeindeordnung vor hundert Jahren eingeführt wurde, brauche sie darum nicht schlecht zu sein. Daß man sie 17mal geändert und niemals am Bürgerausschuss gerüttelt habe, beweise dessen Güte und Volkstümlichkeit. Gewisse Mängel seien nicht zu verkennen; es könnte ihnen aber leicht abgeholfen werden. Der Redner bittet die Regierung, zu prüfen, ob nicht ein Ausbau des § 65 der Gemeindeordnung möglich sei im Sinne der Erweiterung des Initiativrechtes des Bürgerausschusses und größerer Selbständigkeit des Stadtwahlvorstandes. Auch der Wahlmodus in den kleinen und mittleren Gemeinden sollte geändert werden.

Abg. Graf (Soz.) steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine Reform der Gemeindeordnung notwendig sei. Wünschenswert wäre eine reichsgesetzliche Regelung der Frage, angeht es der vielen Systeme, die wir in Deutschland haben. Der Durchführung des volksparteilichen Antrages ständen praktische Schwierigkeiten entgegen; denn er sei zu spät eingebracht worden. Der Grundgedanke der Sozialdemokratie sei immer der gewesen, daß an Stelle des Bürgerausschusses etwas anderes gesetzt werden müsse. Die liberale Ara hätte übrigens schon in der Vergangenheit eine Reform schaffen können. Aber wie habe man damals um einen Fortschritt kämpfen müssen. Bei der Geschäftslage könnten die Sozialdemokraten weder dem volksparteilichen noch dem kommunistischen Antrag zustimmen. Das soll nicht heißen, daß die Grundtendenz abgelehnt werde. Die Rechte des Bürgerausschusses seien in der Tat recht kümmerlich. Auf der anderen Seite komme es auch darauf an, inwieweit die Satzungen loyal und weitherzig gehandhabt werden. Bevor man zu einer Gesetzesänderung schreite, möge man die Reichsregelung abwarten.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) hält an der Institution des Bürgerausschusses porerst fest, wünscht aber Stärkung seines Einflusses. Der Weg zu einer Erweiterung des Initiativrechtes liege durchaus offen.

Abg. Lang (Dntl.) unterstützt den volksparteilichen Antrag. Abg. Klüber (Wirtsch. Bgg.) bezeichnet eine Reform der Gemeindeordnung als Aufgabe des neuen Landtages und erklärt, daß seine Gruppe sich der Abstimmung enthalten werde. Damit ist die Aussprache beendet.

Die Anträge der Kommunisten und der Deutschen Volkspartei werden abgelehnt, letzterer mit 35 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 11 Stimmen der Volkspartei und der Deutschnationalen, bei 5 Stimmenthaltungen.

Das Haus wendet sich dann den Anträgen und Interpellationen zum Branntweinmonopolsystem zu.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte einigt man sich auf die einmütige Annahme folgenden Antrages, mit dem auch der Finanzminister einverstanden ist: „Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung nachmals, und zwar dahin vorstellig zu werden, daß a) auch diejenigen Abfindungs- und Verschlußbrennereien mit nicht mehr als 4 Hektoliter Jahreserzeugung, die Branntwein aus Korn herstellen, diesen Branntwein aus Korn (§ 101 des Ges.) an die Monopolverwaltung abliefern dürfen, b) diejenigen Abfin-

nungs- und Verschlußbrennereien mit nicht mehr als 4 Hektoliter Jahreserzeugung sowie die Stoffbesitzer, die Branntwein herstellen, der an die Monopolverwaltung abgeliefert werden darf, für den Verbrauch von solchem Branntwein im eigenen Haushalt ebenfalls einen Abschlag vom Branntweinausschlag erhalten.“

Zum Aufruf kommen nunmehr

die Interpellationen zur Karlsruher Holz-Verammlung

Abg. Bauer (D. Sp.) begründet die förmliche Anfrage seiner Fraktion. Daß kein Verbot erlassen wurde, sei unverständlich. Der Minister hätte eine unangebrachte Rücksichtnahme auf die Kommunisten gezeigt. Durch die polemischen Ausführungen des Redners gegen Sozialdemokratie und Zentrum gestaltet sich die Sitzung zeitweise recht lebhaft. Im allgemeinen, so fährt der Abgeordnete Bauer fort, sollte der ruhige Bürger derartigen Versammlungen fernbleiben. Die Interpellation sei diktiert von dem Willen, für die gefährdete Staatsautorität einzutreten.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe führt zur Begründung der Interpellation der Deutschnationalen aus, der Minister habe deshalb kein Verbot erlassen, weil er den Kommunisten in gütiger, väterlicher Weise entgegenkommen wolle. (Große Heiterkeit und Widerspruch der Kommunisten.) Die Polizei hätte beizeiten die nötigen Vorkehrungen treffen sollen, um ein Handgemein zu verhindern. Man kannte doch Holz und wußte von den Vorgängen in Birnmasens. Die Polizei befindet sich zweifellos in einer schwierigen Lage und müsse zuweilen scharf eingreifen. Aber Übergriffe, wie in der Holz-Verammlung, derentwegen Strafankträge gestellt worden seien, dürften nicht vorkommen.

Die kommunistische Interpellation wird vom Abg. Bod in sehr erregter Weise begründet. Er führt die Zusammenstöße in Birnmasens und Karlsruhe auf eine „systematische Mordebe“ gegen Holz zurück.

Darauf folgt die Antwort des

Innenministers Dr. Remmel

Er führt etwa aus:

Holz hatte überall im Reich gesprochen, ohne daß es zu Störungen der öffentlichen Ordnung kam. Die Polizeidirektionen mußten prüfen, ob im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Anlaß zu einem Versammlungsverbot bestand. Nach Lörrach und Freiburg sollte er auch in Karlsruhe sprechen. Da war es eine andere politische Gruppe, die erklärte: „Holz spricht unter dem Schutze der badischen Regierung. Sie soll sich nicht wundern, wenn wir selbst handeln.“ Das ist die Aufregung des Terrors. Es kann, so fährt der Minister fort, nicht Ermessungsfrage der Polizei sein, ob jemand reden darf oder nicht, wenn ein äußerer Anlaß nicht vorliegt. Nun haben Stahlhelm und Nationalsozialisten beschlossen, die Holz-Verammlung zu besuchen; sie haben sogar ihre Leute bis hinauf nach Rehl hierher delegiert. (Aufe: Jost, Dürl.) In Mannheim ist feinerzeit der Stahlhelmtag nicht verboten worden, obwohl die Kommunisten gedroht hatten, ihn zu verhindern. Es wäre inkonsequent gewesen, wenn nun die Karlsruher kommunistische Versammlung verboten worden wäre, weil es die Nationalsozialisten verlangen.

Der Abg. D. Mayer-Karlsruhe meinte, wir hätten einen Kordon im Saale ziehen sollen. Ein solches Recht hat die uniformierte Polizei nicht. Wir können eine Versammlung lediglich überwachen, und dazu befinden sich gegen 80 Jahndungs- und Kriminalbeamte im Saal.

In der Nähe war uniformierte Polizei bereitgestellt. Die Polizeidirektionen haben nach Lage der örtlichen Verhältnisse selbständig zu entscheiden; daß der Minister die Sache an sich heranzieht, dazu war kein Grund vorhanden. Versammlungen in geschlossenen Räumen können nur in Ausnahmefällen verboten werden. Im übrigen waren alle Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Dadurch läßt sich aber jede Ordnungsmäßigkeit nicht von vornherein ausschalten.

Eine Befanngabe der der Polizei in einzelnen erteilten Weisungen hält der Minister nicht für angebracht. Ob und inwieweit Anlaß zu einem disziplinarischen Vorgehen besteht, wird sich erst nach Abschluß des gerichtlichen Verfahrens entscheiden. Die Versammlungsverbote in Karlsruhe und Heidelberg, wie auch das Verhalten der Polizei im allgemeinen, werden von der Regierung gebilligt. Selbstverständlich würde auch er es bedauern, wenn in Einzelfällen Übergriffe vorlägen. Der Minister teilte unter lebhaftem Beifall mit, daß Holz in Baden nicht mehr reden dürfe, nachdem er von Heidelberg aus telegraphisch nach Berlin berichtet hat, daß er trotz des Verbots gesprochen habe. Im übrigen werden kommunistische Versammlungen nach wie vor zugelassen, solange die allgemeine Ordnung beachtet wird. Wer dagegen verstoßt, muß die Konsequenzen ziehen.

Der Minister wendet sich wiederholt gegen die Annahme der Volksparteier und Deutschnationalen, daß die Versammlung unter allen Umständen hätte verboten werden müssen, und machte im Zusammenhang damit nähere Ausführungen über die Rechtslage. Der Polizeiminister müsse Wert darauf legen, daß die Verfassung von jedermann geschützt wird. Er richte einen Appell an alle politischen Parteien, sich den Versuch von organisierten und uniformierten Gruppen zu wehren, die darauf ausgehen, Versammlungen zu fören und zu sprengen. Wenn jemand Versammlungen mit einem Holz als Redner besucht, muß er von vornherein das Risiko höherer Gefahr auf sich nehmen. Insbesondere der Neugierige, der etwas „erleben“ will, muß wissen, daß die Polizei, wenn nötig, nicht mit Glacéhandschuhen vorgehen kann. Der Minister weist den Vorwurf zurück, als ob etwa die politische Einstellung einzelner Polizeibeamten zu den Vorkommnissen geführt habe. Er würde sich in energischer Weise gegen Polizeidirektionen und Beamte wenden, wenn nicht in schnellster Weise eine Räumung durchgeführt würde. Geschicht aber dies, so müsse sich die Polizei auch mit den Neugierigen auseinandersehen.

Der Minister schließt, daß er sich verpflichtet fühlt, sich schuldig vor die Polizei zu stellen. Verfassungsmäßige Rechte müßten geschützt und Ehrenfriede in die Schranken gewiesen werden. Die Polizeibeamtenschaft erfülle ungeachtet der Angriffe von links- und rechtsextremem Seite, unbeteiligt ihre Pflicht. Wenn nichts Schlimmeres passiert und es gelingt, die Wirksamkeit der Wirkstoffe auszuschalten, dann darf man annehmen, daß die Kerenkperiode eine große Phase sein wird.

Abg. Rüdert stellt sich als sozialdemokratischer Fraktionsredner rückhallos auf die Seite des Ministers.

Gegen 11 Uhr wird die Sitzung unterbrochen.

Fortsetzung der Aussprache um 2 Uhr nachmittags.

Eingänge

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat dem Landtag den Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem badischen Staat und der Landeshaupstadt Karlsruhe über den Betrieb des Badischen Landestheaters vorgelegt.

Der Kreis Baldsbuh sowie die Gemeinden Albrud, Kleinlausenburg und Ridenbach, wie auch das Unternehmen selbst bitten in einer Eingabe um Staatszuschuß für die Bild- und Filmvereinsgesellschaft Oberrhein e. V. in Oberwilt.